

flussbeck-economics

Kritische Analysen und Kommentare zu Wirtschaft und Politik

Wider die Wettbewerbsfähigkeit - Wachstum muss vor Ort beginnen

Werner Vontobel · Montag den 24. November 2014

Wer sich mit der herrschenden Wachstumstheorie vertraut machen will, muss keine Lehrbücher lesen, sondern Zeitungen. In den immer gleichen Stories über den mangelnden Reformwillen sämtlicher Regierungen ist das Grundmuster leicht zu erkennen, auch wenn es - aus Scham? - nie explizit thematisiert wird. Hier das Wesentliche: Die Nachfrage ist grundsätzlich global und von der Politik nicht beeinflussbar. Multis und der Kapitalmarkt entscheiden, an welchem Standort produziert wird. Die nationalen Regierungen können diesen Entscheid - mit den Mitteln des Standortwettbewerbs - beeinflussen. Dazu müssen die Länder den Multis billige, aber dennoch qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung stellen.

Klammer auf. Interessant ist auch, dass der Zweck des Wachstums offensichtlich nicht mehr darin besteht, materielle Engpässe an Gütern oder Dienstleistungen zu überwinden. Vielmehr geht es nur noch darum, Arbeit zu schaffen. Studierte Ökonomen haben im ersten Semester noch gelernt, dass Arbeit kein Produkt ist, sondern einer von zwei Produktionsfaktoren. Was es bedeutet, wenn nur noch einer dieser Produktionsfaktoren übrig bleibt während der andere das Vorzeichen gewechselt hat und zum Produkt mutiert ist, wurde bisher noch wenig erforscht. Sicher ist bloss, dass eine solche Wirtschaft nicht zum Gleichgewicht neigt. Klammer zu.

Die Mainstream-Ökonomen schrecken auch nie davor zurück, ihre Wachstumstheorie zu ihrer eigenen Karikatur zuzuspitzen. Ein Beispiel dafür ist die Berichterstattung über die wiedergewonnene Wettbewerbsfähigkeit Portugals: Das Land, so wird vermeldet, habe es geschafft. Dank schmerzhafter Strukturreformen gehe es dort wieder aufwärts. „Ein Beispiel“, so die NZZ, „ist die Schuhindustrie, die den Wandel vom austauschbaren Anbieter im Massengeschäft zum Exporteur teurer Markenschuhe geschafft hat.“ Diese Dinger sind offenbar ein unersetzliches Accessoire aller Erfolgsberichte über Portugal. Ja, das kleine Land am Rand hat eine globale Marktnische erobert. Ein Hersteller in der Schweiz etwa lasse dort „Damenschuhe nach individuellen Wünschen gestalten“ und verkaufe zu Preisen zwischen 289 und über 2000 Franken. Auch in Portugal bleibt etwas liegen. Eine Herstellerin berichtet, dass sie mehr als den Mindestlohn von 485 Euro zahle. Nobel!

Dabei hätte Portugal, wie man in intelligenteren Medien, [etwa auf Interpress Service](#),

nachlesen kann, durchaus auch eigene Bedürfnisse. Zitat: „Lehrer aus allen Landesteilen erzählen erschütternde Geschichten von Schulkindern aus mittelständischen Familien, die vor lauter Hunger während des Unterrichts weg dösen, sich aber nicht beklagen, aus Angst, zur Unterschicht gezählt zu werden.“

Das Beispiel von Portugals Sieg im Standortwettbewerb ist typisch für die Folgen dieses Wachstumsmodells: Erstens werden immer mehr echte Bedürfnisse aus dem Kreislauf und dem Gesichtsfeld der Geldwirtschaft entfernt. Wer nur 485 Euro verdient, kann sich noch nicht einmal das Allernötigste leisten, geschweige denn Vorsorge für Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter treffen. Das bleibt alles am Staat hängen, dem dafür die Mittel für Investitionen und für den laufenden Staatskonsum fehlen. Noch ein Bedürfnis, dem die Kaufkraft fehlt.

Zweitens konzentriert sich der Rest der Kaufkraft ganz oben: Die Arbeitsproduktivität pro Stunde beträgt in Portugal immerhin rund 36 Euro. Das heisst: Auf je 9 Portugiesen, wovon vier für brutto 5 Euro und fünf für 12 Euro arbeiten, kassiert ein Zehnter rund 280 Euro pro Stunde. Und selbst wenn er nur die Hälfte davon verkonsumiert, reicht das noch lange, um der Luxusindustrie zu dem Boom zu verhelfen, den wir kennen. Aus diesem Bereich kommt denn auch der Grossteil des bisschen BIP-Wachstums, das uns die Politik des Standortwettbewerbs noch beschert.

Wie kam es dazu? Nun, hinter der Theorie des Standortwettbewerbs steckt ein grobes Korn Wahrheit. Die Grosskonzerne haben tatsächlich die Möglichkeit, tausende von Jobs von einem Monat auf den anderen zu verschieben. Und wenn der Kapitalmarkt ein Land mit hohen Zinsen bestraft oder bedroht, ist das ein echtes Problem. Zumindest auf kurze Sicht hat ein Land (oder eine Region) gar keine andere Wahl. Es muss im Wettbewerb der Standorte mitmachen, sonst gehen Jobs verloren.

Aber es gibt auch eine andere Realität. Auf lange Sicht werden Jobs nicht in den Exportindustrien geschaffen. Nehmen wir das Extrembeispiel der Schweiz, eines kleinen, „exportabhängigen“ Landes. Seit 1991 ist dort die Bevölkerung um 1,1 Millionen und die Zahl der (auf Vollzeit umgerechneten) Stellen um 245000 gewachsen. In den typischen Exportsektoren Chemie, Uhren- und Maschinenindustrie sowie Finanzdienstleistungen sind im selben Zeitraum per Saldo rund 25000 Stellen abgebaut worden. In der Industrie insgesamt gingen per Saldo 210000 Stellen verloren. Dies aber keineswegs wegen einer Niederlage im Standortwettbewerb. Die Schweiz weist auch bei den Industriegütern einen deutlichen Exportüberschuss aus.

Neue Stellen wurden hingegen in den Branchen geschaffen, die dem globalen Wettbewerb nicht oder kaum ausgesetzt sind, vor allem bei den persönlichen Dienstleistungen. Die meisten zusätzlichen Stellen entstanden im Sozialwesen mit plus 93000, im Gesundheitswesen mit plus 80000, Erziehung und Unterricht steuerten 67000 und die öffentliche Verwaltung 38000 neue Jobs bei. Das ergibt ein Total von 278000 neuen (Vollzeit-)Stellen.

Wie schlecht sich ein Sieg im Standortwettbewerb auszahlt, zeigt auch das Beispiel Deutschlands. Von 2000 bis 2007 sank der reale Stundenlohn um rund 3 Prozent. Als Folge davon verbesserte sich die Außenhandelsbilanz um rund 160 Milliarden Euro. Gleichzeitig stagnierte die Binnennachfrage. Wäre sie gleich schnell gewachsen wie in

den übrigen EU-Ländern, wäre sie 2007 um gut 320 Milliarden höher ausgefallen. Damit hat Deutschland 2007 rund 160 Milliarden Euro weniger produziert und 320 Milliarden weniger konsumiert als mit einer geringeren Wettbewerbsfähigkeit möglich gewesen wäre.

Die Botschaft ist klar: Die Politik des Wachstums durch Sieg im globalen Standortwettbewerb ist gescheitert. Stattdessen braucht es eine Politik, die bei den lokalen Bedürfnissen ansetzt und dafür die nationalen Ressourcen mobilisiert. Portugals 16 Prozent Arbeitslose und weitere 20 Prozent Unterbeschäftigte sollten erst einmal den eigenen Hunger stillen, Strassen und Häuser reparieren, die Kranken pflegen, Kinder erziehen, statt sich als billige Arbeitskräfte für teure Markenschuhe oder globale Call-Centers zu verdingen.

Wie macht man das? Von unten her! Etwa so:

Man startet mit der Wärmedämmung von Wohnungen. Dabei kann man mit wenig Geld viel Geld sparen. Dieses muss man anschliessend in möglichst viele lokale Kreisläufe einbinden bzw. rückkoppeln. Erst werden Wohnungen, dann ganze Quartiere saniert, dann kommen Urban Farming und lokale Dienstleistungen dazu. Das geht nur, wenn gleichzeitig Institutionen wie Familien, Nachbarschaften usw. stabilisiert werden. Dazu braucht es inklusive Finanzinstitutionen. Lokale Währungen sind hilfreich.

Wer jetzt an Entwicklungspolitik denkt, liegt richtig. Auch Urbanistik, Care- oder Gender Ökonomie sind passende Stichworte. An dieser Stelle darf man auch daran erinnern, dass der Begriff Ökonomie vom griechischen Oikos stammt, was soviel wie Hauswirtschaft bedeutet. Zumindest in Stunden gemessen wird die meiste produktive (und reproduktive) Arbeit auch heute noch in der Hauswirtschaft geleistet. Auch soziale Integration findet überwiegend im Familien- und Nachbarschaftsverband statt. Doch diese produktiven sozialen Organisationen werden zunehmend durch die von den Unternehmen geforderte Flexibilität geschwächt. Die Geldwirtschaft erhebt einen geradezu totalitären Anspruch auf unsere Zeitverwendung. Das bisschen Produktivität, das dadurch allenfalls gewonnen wird, ist diesen Preis jedoch bei weitem nicht wert.

Daron Acemoglu und James A. Robinson haben in ihrem Buch „Why Nations Fail“ zwei Arten von ökonomischen Institutionen unterschieden: Inklusive und exklusive, bzw. extraktive. In diesem Sinne kann man argumentieren, dass die aktuellen Probleme daher rühren, dass sich unser Geldsystem von einer inklusiven zu einer exklusiven Institution verwandelt hat. Statt allen tüchtigen Leuten produktive Tätigkeiten zu ermöglichen, schliessen sie heute immer mehr Bedürfnisse und Arbeitskräfte aus dem monetären Wirtschaftskreislauf aus. Dieser Teufelskreis muss gestoppt werden und dies geht nur, wenn Ökonomen und Wirtschaftspolitiker die Ökonomie wieder von den Bedürfnissen her denken, statt sich vom Geld verblenden zu lassen.

Autor dieses Gastbeitrags ist der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler und Journalist [Werner Vontobel](#) aus Zürich.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 24. November 2014 um 04:00
in der Kategorie: [Finanzmärkte](#), [Wachstum](#), [Wirtschaftspolitik](#).
Kommentare können über den [Kommentar \(RSS\)](#) Feed verfolgt werden.
Kommentare und Pings sind momentan geschlossen.